

## **Protokoll**

### **über die öffentliche Sitzung**

**des Ausschusses für Schulen, Jugend, Sport und Soziales  
am Montag, dem 19.05.2025, 19:00 Uhr,  
im Sitzungssaal des Feuerwehrhauses Friedeburg, Schützenweg 3**

#### **Anwesend:**

##### **→ Ausschussmitglieder**

Henning Weißbach, Upschört (Vorsitzender)  
Gerrit Bashagen, Friedeburg  
Björn Fischer, Marx  
Andreas Haak, Etzel  
Gudrun Jeske, Reepsholt  
Sascha Moor, Wiesedermeer (Vertretung für Ratsherrn Bernhard Seelhorst)  
Burkhard Putschke, Friedeburg  
Ingo Renken, Friedeburg

##### **→ stimmberechtigte Mitglieder des Schulausschusses**

Nicole Felsmann, Lehrervertreterin  
Bettina Kruse-Eilts, Schulleiternvertreterin

##### **→ beratende Mitglieder für den Jugendbereich**

Julia Wilting, Jugendparlament

##### **→ Vertreter der Verwaltung**

Helfried Goetz, Bürgermeister  
GR Nils Janßen  
Techn. Angest. Björn Rippen (zu TOP 6)  
Maren Heilemann, zugleich Protokollführerin

##### **→ Gäste**

Matthias Steinhoff, Architektur- und Ingenieurbüro 3ing, Aurich (zu TOP 6)  
Kathrin Klöhn, Architektur- und Ingenieurbüro 3ing, Aurich (zu TOP 6)  
Heiko Bauszas (zu TOP 7)  
Inge Bauszas (zu TOP 7)

Es fehlten Ratsfrau Nicole Henkel und der Elternvertreter der Kindertagesstätten Dominique Haupt.

---

#### **TOP 1            Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung.

## **TOP 2            Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit**

---

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 07.05.2025 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

## **TOP 3            Feststellung der Tagesordnung**

---

**Der vorliegenden Tagesordnung wurde mit 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.**

## **TOP 4            Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.02.2025**

---

**Das Protokoll der Sitzung vom 17.02.2025 wurde mit 10 Ja Stimmen genehmigt.**

## **TOP 5            Einwohnerfragestunde**

---

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

Herr K. aus Wiesede hob in seiner Funktion als Gemeindeelternratsvorsitzender die Bedeutung der Sozialarbeit in den Schulen hervor und fragte, in wie weit die Politik hier Unterstützung leisten könne.

Der BM unterstützte die Ansicht des Gemeindeelternrates. Es wies darauf hin, dass die Gemeinde Schulträger sei. Die Schulsozialarbeit sei Aufgabe des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung und ließe sich daher nicht über die Gemeinde steuern. Insofern könne die Gemeinde nur beim Land die Stärkung der Schulsozialarbeit anregen.

Frau Felsmann fügte hinzu, dass neben der Sozialarbeit auch die ausreichende Versorgung mit Schulbegleitern von großer Wichtigkeit sei. Träger der infrastrukturellen Schulbegleitung sei der Landkreis. Auch hier werde um Unterstützung seitens der Gemeinde gebeten.

Herr M. aus Wiesedermeer fragte, ob es bereits Ergebnisse der Raumlufuntersuchung in der Grundschule Reepsholt gebe, wie hoch die Kosten seien und aus welchem Etat diese bezahlt würden.

Der BM antwortete, dass derzeit noch keine Ergebnisse vorliegen würden und derzeit noch nicht die Höhe der Kosten feststünden, die aus dem Budget der Grundschule Reepsholt zu begleichen seien.

Auf die Frage von Herrn K. aus Wiesede erklärte GR Janßen, dass aus dem Mittelansatz für das Jugendparlament in Höhe von 6.000,00 € Veranstaltungen des Jugendparlaments, Aufwandsentschädigungen für Sitzungen, Fortbildungskosten und die Kosten für die Durchführung der Jupa-Wahl bezahlt würden.

Herr K. aus Wiesede regte an, die Seniorinnen und Senioren anlässlich von Ehejubiläen, und Geburtstagen im Rahmen eines Empfangs zu ehren und so Kosten einzusparen.

Der BM erklärte, dass dieses Thema bereits geprüft und Kosteneinsparungen vorgenommen worden seien. Die Ehrungen seien ein Stück Wertschätzung der älteren Generation und würden

vielfach Freude und große Dankbarkeit bewirken. Bei Ehejubiläen würden neben der Gemeinde auch ein Vertreter des Landkreises die Glückwünsche des Landes und des Landkreises übermitteln.

Herr K. aus Wiesede fragte, ob es möglich sei, die Benutzung der Kinderspielplätze zeitlich zu begrenzen. GR Janßen erklärte, dass es grundsätzlich möglich sei und dieses Thema auch in der Vergangenheit diskutiert worden sei. Seinerzeit habe sich die Politik gegen eine zeitliche Nutzungsbegrenzung ausgesprochen. Der BM fügte hinzu, dass auf eine gegenseitige Rücksichtnahme geachtet und im Bedarfsfall das persönliche Gespräch gesucht werden sollte.

## **TOP 6            Schulentwicklungsplanung - Sachstand Erweiterungs- und Sanierungskonzept**

**Vorlage: 2024-036/3**

---

Matthias Steinhoff und Kathrin Klöhn vom Architektur- und Ingenieurbüro 3ing aus Aurich stellten gem. Anlage den Sachstand zum Erweiterungs- und Sanierungskonzept der Schulgebäude im Rahmen der Schulentwicklungsplanung vor.

Auf Nachfrage von Rh. Fischer antwortete Herr Steinhoff, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schulen, Jugend, Sport und Soziales eine Handlungsempfehlung für die durchzuführenden Sanierungen und Erweiterungen vorgestellt würde. Die Entscheidung über die Priorisierung müsse politisch beraten und entschieden werden.

Rh. Fischer betonte die Notwendigkeit einer Priorisierung der Maßnahmen, um die Gelder im Entwurf des HH-Planes einplanen zu können.

GR Janßen ergänzte, dass für den Ausbau der Ganztagsbetreuung Bundes- und Landesmittel zur Verfügung stünden. Diese Gelder müssten bis zum 31.10.2025 beantragt worden sein. Auch diese Tatsache müsse bei der Priorisierung der Maßnahmen Berücksichtigung finden.

Rh. Moor fragte an, ob die Sanierungsarbeiten nach der Umsetzung abgeschlossen seien oder ob damit zu rechnen sei, dass in den nächsten 25 Jahren weitere große Sanierungen anfallen würden. Herr Steinhoff antwortete, dass die Grundschulen mit den Erweiterungen und Sanierungen alle gesetzlichen Standards erfüllen würden. Solange sich diese nicht ändern würden, sei in den nächsten Jahren nicht mit weiteren großen Sanierungen zu rechnen.

Der BM fügte hinzu, dass Modernisierungen oder gesetzliche Änderungen, die solche Standards betreffen würden, ca. alle 30 bis 40 Jahre zu erfolgen hätten. Eine Garantie, dass in den kommenden 25 Jahren keine Maßnahmen erforderlich seien, gebe es jedoch nie.

Rh. Putschke fragte an, wie die Sanierungs- und Erweiterungsarbeiten perspektivisch finanziert würden. Der BM antwortete, dass es die Haushaltslage derzeit nicht hergebe, Investitionen in dem Ausmaß zu tätigen. Es bleibe somit abzuwarten, welche Gelder aus Förderrichtlinien abzugreifen seien.

Auf Nachfrage von Rh. Bashagen erklärte Herr Steinhoff, dass es im Falle des Brandschutzes zum Beispiel bei den Flucht- und Rettungswegen mit den geplanten An- und Umbaumaßnahmen ein Anpassungsverlangen gebe und der Bestandsschutz damit entfalle.

Auf die Frage, von Frau Felsmann, wie das weitere Vorgehen aussehe, erklärte der BM, dass zu den vorliegenden Kosten für die notwendigen Sanierungen und Erweiterungen vergleichsweise die Kosten für einen Neubau einer zentralen Grundschule heranzuziehen seien. Wenn dieser Kostenvergleich vorliege, müsse entschieden werden, für welche Variante sich die Gemeinde entscheide. Frau Felsmann wies darauf hin, dass in den Erweiterungskosten auf die Raumbedarfe von Biregio abgestellt worden sei und die tatsächlichen Bedarfe hiervon abweichen

würden. Auch die Kosten für die weiteren Raumbedarfe müssten noch in den Vergleich mit einfließen.

Der Bericht über den Sachstand zum Erweiterungs- und Sanierungskonzept wurde zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

---

**TOP 7                   Waldfreibad Friedeburg - Bericht der Badesaison 2024**  
**Vorlage: 2025-028**

---

Heiko und Inge Bauszas berichteten über die Badesaison 2024.

Der BM dankte für die geleistete Arbeit.

GR Janßen fügte hinzu, dass die Badesaison 2025 am 02.06.2025 beginne. Außerdem befinde sich die Verwaltung gerade im Austausch mit einem Caterer, der zur diesjährigen Badesaison auf dem Freibadgelände einen Kiosk/Imbiss eröffnen möchte.

Der Bericht über die Badesaison 2024 wurde zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

---

**TOP 8                   Schulsozialfonds**  
**Vorlagen: 2025-009 und 2025-009/1**

---

Rh. Putschke sprach sich dafür aus, die Mittel aus dem Schulsozialfonds nicht um die Hälfte zu reduzieren und nicht weiterhin nach dem „Gießkannenprinzip“ sondern nach sozialen Kriterien zu verteilen. Er habe daher den Vorschlag, die Höhe des Schulsozialfonds unverändert zu lassen und alle Erziehungsberechtigten einmal im Jahr über die Schulen anzuschreiben mit dem Ziel, eine freiwillige Erstattung des Zuschusses seitens der Erziehungsberechtigten zu erwirken. Auf freiwilliger Basis solle so erreicht werden, den sozialen Charakter des Schulsozialfonds umzusetzen.

Rh. Fischer erwiderte, dass es sich bei dem Schulsozialfond um eine freiwillige Leistung handle, die es in keiner Nachbarkommune gebe. Aus seiner Sicht sei es vertretbar, eine Reduzierung von 90,00 € auf 45,00 € vorzunehmen. Die Gemeinde müsse zur Verbesserung der Haushaltssituation Sparmaßnahmen umsetzen. Mit den von der Verwaltung vorgestellten Vorschlag würden Doppelstrukturen abgeschafft werden. Seiner Ansicht nach sei der Verwaltungsaufwand mit dem jährlichen Anschreiben an alle Eltern so hoch, dass es zu keinen Einsparungen käme.

Der BM gab zu bedenken, dass die freiwilligen Zahlungen der Eltern als Spenden zu werten seien und die Verwaltung diese auch so zu bearbeiten hätte. Je nach Höhe der Spendensumme müsse die Annahme über den Verwaltungsausschuss genehmigt werden. Grundsätzlich bedanke er sich jedoch für die Ausarbeitung des Vorschlages.

Rh. Putschke erklärte, dass sich die Kürzung des Schulsozialfonds gerade auf die Familien mit geringem Einkommen auswirken würde. Im Rahmen von Bildung und Teilhabe würden den anspruchsberechtigten Familien pauschal pro Schuljahr Mittel in Höhe von 195,00 € zur Verfügung gestellt werden. Mit der Kürzung des Schulsozialfonds stünde diesen Familien netto weniger Geld zur Verfügung.

Frau Kruse-Eilts äußerte, dass es auch aus Sicht des Gemeindefratens der falsche Weg sei, die Eltern finanziell mit in die Verantwortung zu ziehen. Stattdessen sollten seitens der Politik andere Einsparungen vorgenommen werden. Als Beispiele nannte sie die Streichung der Arbeitgeberanteile für Hansefit oder die Kürzung der Sitzungsgelder.

Rh. Haak erklärte, dass sich die Gemeinde eine solche freiwillige Leistung finanziell derzeit nicht leisten könne. Etwaige Gegenrechnungen zu tätigen und Personengruppen gegeneinander auszuspielen, sei nicht fair und nicht gerechtfertigt. Grundsätzlich finde er die Idee gut, dass die Eltern spenden könnten. Allerdings trage dies nicht zu einer Haushaltskonsolidierung bei, da keine konkreten Einnahmen eingeplant werden könnten. Er schlage daher vor, in diesem Jahr einen allgemeinen Spendenaufruf zu starten und das erworbene Geld dann im nächsten Jahr über den Schulsozialfond zur Verfügung zu stellen. Die Reduzierung des Fonds um 50% bliebe davon jedoch unberührt.

Der BM gab zu bedenken, dass bei dem Vorschlag von Rh. Haak die Eltern, deren Kind die 4. Klasse besuche, von ihrer Spende im nächsten Jahr nicht mehr profitieren würden. Sollte mit Spenden gearbeitet werden, müssten diese auch im gleichen HH Jahr zur Verfügung stehen.

Rh. Fischer betonte, dass die Gemeinde sparen müsse. Es sei immer schwer zu entscheiden, wo Einsparungen vorgenommen werden. Jedoch dürfe auch nicht außer Acht gelassen werden, dass die Verschuldung der Gemeinde auch die Zukunft der Kinder betreffe und die Politik versuchen müsse, die Verschuldung abzuwenden bzw. zumindest zu verringern.

Frau Felsmann äußerte, dass sie die Argumentation grundsätzlich verstehe. Jedoch würde die Kürzung die Schulen in ihrer Arbeit enorm einschränken. Gerade der Schulsozialfonds sei eine Stärke der Gemeinde gewesen.

Rh. Putschke betonte, dass er im Rahmen der Haushaltskonsolidierung nicht die Kürzung des Fonds, sondern die Einführung von sozialen Kriterien gefordert habe. Daher plädiere er dafür, an der ursprünglichen Höhe des Fonds festzuhalten und den Vorschlag der SPD zumindest einmal zu versuchen.

Auf Antrag von Rh. Putschke wurde mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen folgender Beschluss gefasst:

**Die Höhe des Schulsozialfonds bleibt unverändert. Die Verwaltung wird beauftragt, den Eltern über die Schulen mittels jährlichem Rundschreiben die Möglichkeit aufzuzeigen, der Gemeinde den rechnerischen Zuwendungsbetrag zurück zu erstatten, um so auf freiwilliger Basis zum sozialen Charakter der Gemeinde und der Bildungsgerechtigkeit beizutragen.**

---

**TOP 9                    Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung und  
Ferienbetreuung für Grundschul Kinder ab dem Schuljahr 2026/27  
Vorlage: 2025-032**

---

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 06.05.2025 wurde mit 10 Ja-Stimmen zugestimmt:

**Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Die Verwaltung wird damit beauftragt, eine Vereinbarung über die Wahrnehmung und Umsetzung der Ferienbetreuung mit dem Landkreis Wittmund zu erarbeiten und dem Rat über den Fachausschuss und Verwaltungsausschuss zur Entscheidung vorzulegen.**

---

**TOP 10                    Betriebskostenzuschuss Schützenverein Hesel  
Vorlage: 2025-026**

---

Rh. Fischer erklärte, dass er es bedauere, den Antrag abzulehnen, da die Schützenvereine eine gute Arbeit in der Gemeinde Friedeburg leisten würden. Die Gemeinde müsse jedoch überall

sparen und müsse auch aus Gleichheitsgründen diesen Antrag ablehnen. Er bitte die Verwaltung, die Entscheidung dem Schützenverein persönlich zu erklären.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 15.04.2025 wurde mit 10 Ja-Stimmen zugestimmt:

**Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Die Gewährung eines Zuschusses zu den Betriebskosten des Schützenvereins Hesel für die Jahre 2024 und 2025 sind aufgrund nicht zur Verfügung stehender Haushaltsmittel abzulehnen.**

---

## **TOP 11      Annahme von Spenden**

---

### **TOP 11.1      Annahme verschiedener Sachspenden für Spielplätze Vorlage: 2025-029**

---

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 06.05.2025 wurde mit 10 Ja-Stimmen zugestimmt:

**1. Dem VA wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:**

**Der Idee zur Umwandlung des Spielplatzes „Schnepfenweg“ zu einem Mehrgenerationenplatz im Rahmen der Initiative „Gemeinsam gegen Einsam“ gem. der vorgestellten Konzeptidee wird grundsätzlich zugestimmt.**

**2. Dem VA wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:**

**Der Annahme der Sachspenden in Form von einem Spielhaus, einer Sitzbank und einem Trampolin mit einem Gesamtwert in Höhe von 4.967,18 €, gemäß Drucksache 2025-029, wird zugestimmt.**

---

## **TOP 12      Einwohnerfragestunde**

---

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

Herr G. aus Marx äußerte sein Unverständnis darüber, dass die Politik ausgiebig über die 90,00 € pro Kind des Schulsozialfonds diskutiert habe. Die Investitionssumme von über 15 Mio. € für die Erweiterung und die Sanierung der Grundschulen habe die Politik hingegen ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

Der BM antwortete, dass natürlich die 15 Mio. € eine beachtliche Summe sei. Als Träger der Grundschulen handele es sich bei der Vorhaltung der Schulgebäude um eine Pflichtaufgabe der Gemeinde. Hier könne nicht entschieden werden, ob sondern nur wie diese Aufgabe finanziell gelöst werden könne. Der Schulsozialfond hingegen sei eine freiwillige Leistung.

Rh. Fischer fügte hinzu, dass kein falscher Eindruck entstehen solle. Die Gemeinde müsse sparen, auch um sich andere Dinge leisten zu können, die in den Bereich der Pflichtaufgaben fallen.

---

## **TOP 13      Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten**

---

Der Bericht des BM wurde zu Beginn der Sitzung an die Ausschussmitglieder verteilt, weshalb auf eine Verlesung verzichtet wurde. Der Bericht des BM ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

## **TOP 14           Anfragen und Anregungen**

---

Frau Kruse-Eilts wies auf den Gefahrenpunkt an der Grundschule Friedeburg – Standort Wiesede hin. Die dort angeordnete 70 km/h Geschwindigkeitsbegrenzung der L 34 sei ihrer Ansicht nach zu hoch. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. GR Janßen erklärte, dass sich die Verkehrssicherheitskommission seinerzeit gegen eine weitere Reduzierung der Geschwindigkeit ausgesprochen habe. Er sagte zu, diese Thematik nochmals bei der Unteren Verkehrsbehörde des Landkreises Wittmund anzusprechen mit der Bitte, nochmals in der Verkehrssicherheitskommission über eine Geschwindigkeitsreduzierung zu beraten.

Frau Kruse-Eilts bat darum, in den 30er bzw. 20er-Zonen im Langstraßer Weg, im Klosterweg und im Preefelder Weg Geschwindigkeitsmessungen durchführen zu lassen.

Frau Kruse-Eilts wies auf ein fehlendes Stopp-Schild an der Ausfahrt der Grundschule Friedeburg – Standort Wiesede beim Preefelder Weg hin. Dies Schild habe dafür gesorgt, dass die Kinder den Schulhof achtsamer verlassen haben. GR Janßen sagte eine Aufstellung des Stopp-Schildes zu.

Rh. Bashagen wies auf ausgefahrene bzw. abgesackte Straßenseitenräume beim Heerweg in Marx und im Schepkerweg in Horsten hin.

Auf die Frage von Rh. Bashagen zum Sachstand zur kommunalen Wärmeplanung erklärte der BM, dass der Landkreis ein Wärmekonzept erarbeitet habe, das auch für die Gemeinde gelte. Damit bräuchte die Gemeinde kein eigenes Konzept erstellen.

Auf Nachfrage von Rh. Bashagen erklärte der BM, dass der Gemeinde keine Anträge für den Bau von vier Windkraftanlagen im Knyphauser Wald vorlägen.

## **TOP 15           Schließung der Sitzung**

---

Der Vorsitzende schloss um 21:08 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer